



KANTONALER GEWERBEVERBAND ZÜRICH

MEDIENMITTEILUNG vom 5. Juli 2007

Wo bleibt der Sparwille?

Der Kantonale Gewerbeverband Zürich (KGV) nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Volksinitiative „Schluss mit der Schuldenwirtschaft“ ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. Offenbar ist die Regierung noch nicht bereit, sich zu einem konsequenten Schuldenabbau und einem sparsamen Kantonshaushalt zu bekennen.

Vor genau zwei Jahren sorgte der ausserordentliche Ertrag aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes im Kanton Zürich für Unruhe. Der Betrag von 1'600 Millionen Franken floss damals in die laufende Rechnung und bescherte dem Kanton einen Einnahmenüberschuss. Inzwischen dürfte die Hälfte dieses Geldes durch die laufende Rechnung konsumiert worden sein. Ein Ende des Geldsegens ist also absehbar.

Um solches in Zukunft zu verhindern und ausserordentliche Erträge ausschliesslich zum Schuldenabbau zu verwenden wurde eine Volksinitiative eingereicht. Das der Regierungsrat diese Chance nicht zu nutzen vermochte, um solche Fehler künftig zu vermeiden und jegliche Sparanstrengung im Kanton überflüssig zu machen, ist enttäuschend. Die angeführten Argumente jedenfalls vermögen nicht zu überzeugen. Abgrenzungsprobleme, Einzellösungen und die Sorge um die Finanzierung von grösseren Infrastrukturvorhaben sind in diesem Zusammenhang keine genügenden Gründe für eine Ablehnung. Im Gegenteil: es bedarf wenig Fantasie, um die Argumente ins Gegenteil zu verkehren. Wer planmässig Schulden abbaut ist auch in der Lage, bei Bedarf neue Schulden zu machen, ohne künftige Generationen damit zu belasten.

Offensichtlich ist der Sparwille der Regierung nach den Wahlen noch nicht in genügendem Mass geschärft, um wenigstens in einem Gegenvorschlag einen gangbaren Weg aufzuzeigen.

Kontaktadresse:

KANTONALER GEWERBEVERBAND ZÜRICH

Martin Arnold, Geschäftsleiter

Badenerstrasse 21

Postfach 2918

8021 Zürich

Telefon 043 288 33 66

Mobile 079 678 82 82

martin.arnold@kgv.ch